



Die Seite der Schweizer Geflügelproduzenten

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht

Am 12. Juni 2026 durfte der SGP dem BLW den zweiten Zwischenbericht zur Zielvereinbarung über die Reduktion von Stickstoff- und Phosphoremissionen präsentieren. Die Gespräche waren von einer offenen und konstruktiven Atmosphäre geprägt. Aufgrund einer Pensionierung standen wir neuen Ansprechpersonen gegenüber, die unsere Resultate kritisch hinterfragten und sorgfältig prüften. Umso erfreulicher war, dass wir erneut aufzeigen konnten, dass die vereinbarten Reduktionsziele gegenüber den Basisjahren 2014 bis 2016 erreicht wurden. Der technische Fortschritt in der Schweizer Geflügelfleischproduktion zeigt messbare Wirkung – eine Leistung, die von den Vertretern des BLW ausdrücklich anerkannt wurde und eine wichtige Grundlage für den weiteren Dialog bildet.

Neben der Fütterung und den züchterischen Entwicklungen stand auch der Umgang mit Geflügelmist im Mittelpunkt. Wir konnten darlegen, dass ein erheblicher Teil des Mistes bereits heute sehr rasch, teilweise innerhalb einer Stunde nach dem Ausbringen eingearbeitet wird. Dadurch werden Ammoniakverluste und Geruchsemissionen reduziert, während gleichzeitig mehr Nährstoffe pflanzenverfügbar bleiben, was einen agronomischen Nutzen bringt.

Aus den Gesprächen kam jedoch auch hervor, dass erreichte Ziele rasch

neue Erwartungen seitens der Behörden wecken. Die Frage nach den nächsten Schritten und weiteren Massnahmen liess deshalb nicht lange auf sich warten. Die Zielvereinbarung beweist doch aber eindrücklich: Unsere Branche hat ihre Verantwortung früh wahrgenommen, nutzt mit hoher Professionalität die produktionstechnischen Möglichkeiten und ist bereit, sich kontinuierlich weiterzuentwickeln. Es wäre deshalb ungerecht, wenn jene, die ihre Hausaufgaben zeitig und erfolgreich erledigt haben, zusätzliche Lasten übernehmen müssten.

Ebenso wertvoll wie die präsentierten Zahlen war der persönliche Austausch mit den Verantwortlichen des BLW. Er hat dazu beigetragen, die Besonderheiten der Schweizer Geflügelfleischproduktion besser verständlich zu machen und das gegenseitige Vertrauen weiter zu stärken. Ich hoffe, dass dieser Dialog auch künftig gepflegt wird – nicht erst dann, wenn neue Vorschriften bereits auf dem Tisch liegen, sondern möglichst früh im politischen und fachlichen Prozess.

Auf das gemeinsam Erreichte dürfen wir stolz sein. Die Resultate bestätigen eindrücklich, dass Effizienz, gute fachliche Praxis, Umweltverantwortung und wirtschaftlicher Erfolg keine Gegensätze sind, sondern Hand in Hand gehen.

Adrian Waldvogel, Präsident

ben wird. Bei der Kampagne «So isst die Schweiz» wurde von linker Seite bemängelt, sie fördere einen höheren Fleischkonsum. Ein parlamentarischer Vorstoss wurde vom Bundesrat sinngemäss wie folgt beantwortet: Ziel der Kampagne sei die Positionierung von Schweizer Fleisch gegenüber Importprodukten. Es werde keine Steigerung des Fleischkonsums angestrebt; vielmehr solle das Tierwohl hervorgehoben werden. Diese Antwort reichte den Gegnern der Kampagne jedoch nicht. Proviande musste den Claim «Schweizer Fleisch. Meine Wahl.» zu «Schweizer Fleisch. Wenn Fleisch, dann Schweizer Fleisch.» anpassen.

Die Kampagne wird nun von einer externen Agentur überprüft. Ziel ist es, sie auf die Saison 2027/28 weiterzuentwickeln und kritischen Stimmen entgegenzuwirken. Spätestens 2028 wären ohnehin neue Massnahmen notwendig gewesen, da die Kampagne dann ausläuft. An der nächsten KMK werden die Ideen präsentiert.

Nein zur Ernährungsinitiative: Kampagnenstart – Beteiligung gefragt!

Die Ernährungsinitiative kommt am 27. September zur Abstimmung. Der Titel «Initiative für eine sichere Ernährung» klingt auf den ersten Blick unverfänglich. Aber sie richtet sich gegen tierische Lebensmittel im Besonderen und gegen die heutige Landwirtschaft im Allgemeinen – mit massiven Auswirkungen für die Bauernbetriebe. Um den geforderten Selbstversorgungsgrad von 70% zu erreichen, müssten sich Schweizerinnen und Schweizer grundlegend anders ernähren. Eine überwiegend vegane Ernährung würde zur Voraussetzung – der Konsum von Fleisch, Eiern und Milchprodukten müsste drastisch zurückgefahren werden. Im Gegenzug wäre eine «Anbauschlacht» wie im Zweiten Weltkrieg erforderlich.

Bereits jetzt sollen die Bauernfamilien Flagge zeigen: **Fahnen und Fahrzeugaufkleber** sind bei den kantonalen Bauernverbänden erhältlich; später folgen **Blachen und Strassentafeln**. Am 26. August lädt eine **Aktion zum «Tag der letzten Cervelat»** ein. In allen Kantonen werden kostenlose Cervelats mit Flyern gegen die Initiative verteilt. Auch in den sozialen Me-

Proviande: gekürzte Mittel für die Absatzförderung 2027/28

Die Kommission Marketing und Kommunikation von Proviande (KMK) befasste sich insbesondere mit der Finanzierung der Absatzförderung und der Weiterentwicklung der Kommunikation zu Schweizer Fleisch. Im Zentrum standen die Folgen der geplanten Kürzungen der Bundesbeiträge sowie die Frage, wie Proviande ihre Kampagnen präzise, glaubwürdig und politisch tragfähig ausgestalten kann.

Das Parlament hat im Rahmen des Entlastungspakets 2027 eine Kürzung bei der Absatzförderung beschlossen. Proviande wird 2027 und 2028 voraussichtlich rund 10 bis 15% weniger Bundesmittel

erhalten. Zwar kann Proviande mit den gekürzten Mitteln ihren Auftrag, den Absatz von Schweizer Fleisch zu fördern, weiterhin wahrnehmen. Die Kampagne muss jedoch gestrafft werden. Gemeinsam mit Swissmilk will Proviande politischen Druck aufbauen, um die Mittel für 2028 und die Folgejahre zu sichern.

Es wird immer schwieriger, Kampagnen der tierischen Produktion so zu gestalten, dass sie vom Bund im Rahmen der Absatzförderung akzeptiert werden. Es muss im Detail aufgezeigt werden, dass nicht für den Konsum generell, sondern für den Absatz von Schweizer Produkten gewor-

dien lässt sich die Kampagne unterstützen; Links zu Facebook, Instagram und LinkedIn stehen auf der Kampagnenwebseite www.ernaehrungsinitiative-nein.ch. Dort finden sich auch die wichtigsten Gegenargumente.

Wenn möglichst viele Betriebe einen Beitrag leisten, können wir viel bewirken: Je mehr Menschen wir sensibilisieren, desto höher fällt hoffentlich der Nein-Anteil aus. Eine deutliche Ablehnung wäre zugleich ein klares Signal an Bundesrat, Behörden und Politik – auch mit Blick auf die AP 30+. Entscheidend ist erneut eine hohe Stimmbeteiligung im ländlichen Raum.

Allen schon heute ein herzliches Dankeschön für den Einsatz!



Mercosur-Abkommen: Die Diskussionen gehen weiter

Das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten ist für die Schweizer Exportwirtschaft von grosser Bedeutung. Für die Landwirtschaft bringt es jedoch zusätzlichen Druck. Die Schweiz will im Rahmen des Mercosur-Abkommens erstmals bilaterale Zollkontingente ausserhalb der WTO-Kontingente gewähren – insgesamt bei 25, teils sensiblen Agrarprodukten.

Der Schweizer Bauernverband (SBV) rechnet mit jährlichen Einbussen beim landwirtschaftlichen Produktionswert von rund 70 bis 115 Millionen Franken. Der Vorschlag des Bundesrates, die Mittel um 158 Millionen Franken aufzustocken und über die Versteigerung von Importkontingenten zu finanzieren, genügt aus Sicht des SBV nicht. Gefordert werden verbind-

liche und ausreichend dotierte Begleitmassnahmen, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft fördern und die Präferenz für Schweizer Lebensmittel trotz steigendem Importdruck sichern. Der SBV forderte deshalb einen Verpflichtungskredit von 880 Millionen Franken für die Jahre 2028 bis 2035. Das Schreiben mit den Argumenten an die Mitglieder des Nationalrates wurde auch vom SGP unterstützt.

Am 17. Juli 2026 lehnte der Nationalrat das Mercosur-Abkommen nach einer kontroversen Debatte ab, wobei nicht nur die Landwirtschaft, sondern von linker Seite auch Umwelt- und Sozialstandards eine Rolle spielten. Nun kommt es auf den Entscheid des Ständerats an.

Für die Geflügelproduzenten ist entscheidend, dass Marktöffnung und Produktionsauflagen nicht auseinanderdriften. Schweizer Betriebe produzieren unter hohen Auflagen bezüglich Tierwohl, Höchstbeständen, Raumplanung und Umwelt. Gleichzeitig lassen sich die Kosten wegen der begrenzten Betriebsgrössen nur beschränkt senken. Zusätzliche Importmöglichkeiten, auch wenn die Bundesverwaltung diese als klein und verkraftbar einstuft, können deshalb den Preisdruck erhöhen. Wer von Schweizer Bauern hohe Standards verlangt, muss ihnen faire Rahmenbedingungen zusichern.

Corinne Gyga, Geschäftsstelle SGP ■